

1. Ehrenamtliche Initiativen

- **CSU:** Will Initiativen klar unterstützen, u.a. durch Mehrfachnutzung städtischer Gebäude und ggf. Flächen für Urban Gardening.[1]
- **Freie Wähler:** Ehrenamt ist „großes Anliegen“, wollen mehr Flexibilität der Verwaltung und sinnvolle Nutzung von Leerstand.[1]
- **Grüne:** Starke grundsätzliche Unterstützung, sehen Ehrenamt als wichtigen Baustein der Demokratie.[1]
- **SPD:** Ehrenamt „Herzensanliegen“, klare Bereitschaft, Unterstützungsmöglichkeiten gemeinsam zu suchen.[1]

2. Tempo 30 innerorts

- **CSU:** Will mehr Tempo 30, vor allem auf Nebenstraßen und ohne Radwege, perspektivisch große Freiheit der Kommune bei Tempolimits.[1]
- **Freie Wähler:** Verweisen auf viele bestehende 20- und 30-Zonen, zusätzliche Tempo-30-Bereiche besonders in neuen Gebieten, kombiniert mit Radkonzept.[1]
- **Grüne:** Klar für Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit (außer Durchfahrtsstraßen) im ganzen Stadtgebiet.[1]
- **SPD:** Kein pauschales Tempo 30, sondern dort, wo es „sinnvoll“ ist – gemeinsam mit Bürger:innen definiert.[1]

3. Radkonzept

- **CSU:** Hohe Priorität, schrittweise Umsetzung, schnelle Realisierung einfacher Maßnahmen (Fahrradzonen/-straßen).[1]
- **Freie Wähler:** Umsetzung ist Teil des Wahlprogramms, in Etappen je nach Planungsstand und Finanzlage.[1]
- **Grüne:** Deutliche Unterstützung, möglichst schnelle Umsetzung mit Bürgerbeteiligung.[1]
- **SPD:** Will konkrete Projekte, klare Prioritäten, feste Budgets und sichtbare Verbesserungen.[1]

4. Sichere Schulwege

- **CSU:** Tempo 30 an kritischen Stellen voranbringen, enge Abstimmung mit Landkreis, Runder Tisch mit Schulen, ggf. Bedarfsampeln statt mehr Zebrastreifen.[1]
- **Freie Wähler:** Sicherheit von Schulwegen ist Programmteil; wollen konkrete Vorschläge aufnehmen und mit Verwaltung/Stadträten abarbeiten.[1]
- **Grüne:** Tempo 30 und ggf. zeitweise Verkehrsunterbindung an Schulen, plus Ampeln, Zebrastreifen und Querungshilfen.[1]
- **SPD:** Sieht sichere Schulwege als Kernaufgabe und Voraussetzung einer kinderfreundlichen Stadt.[1]

5. Erneuerbare Energien zu Hause

- **CSU:** Ausbau von PV auf städtischen Dächern, Batteriespeicher, Freiflächen-PV (wo ökologisch sinnvoll), städtische Förderprogramme für Speicher, Balkonkraftwerke, Wärmepumpen; Fernwärme vollständig erneuerbar.[1]
- **Freie Wähler:** Sehen Rahmen auf höherer Ebene, wollen bei jedem städtischen Bauprojekt Nachhaltigkeit mitdenken und über Dialog Einfluss nehmen.[1]
- **Grüne:** PV auf allen städtischen Dächern mit Bürgerbeteiligung, Freiflächen-PV für Fernwärme, Windräder im Stadtgebiet mit Bürgerbeteiligung und aktivem Dialog.[1]
- **SPD:** Kommunen sollen vorangehen, zusammen mit Bürger:innen planen und beraten, informieren und fördern.[1]

6. Mehr Stadtgrün

- **CSU:** „Schwammquartiere“ in Neubaugebieten, Entsiegelung und Begrünung bei Straßensanierung, mehr Bäume und Schatten, Dach- und Fassadenbegrünung als Standard.[1]
- **Freie Wähler:** Mehr Grün über Bauvorgaben, versickerungsfähige Parkflächen, angepasste Bepflanzung durch den Bauhof; Stadtbegrünung als Teil eines Gestaltungskonzepts, das konsequenter umgesetzt werden soll.[1]
- **Grüne:** Deutlich mehr Grün nötig; wollen Bebauungspläne ändern: Dach- und Fassadenbegrünung, Versickerungsflächen, mehr Bäume und Rückbau versiegelter Verkehrsflächen.[1]
- **SPD:** Sieht mehr Grün als Plus an Lebensqualität und will Bürger:innen, Vereine und Schulen/Senior:innen aktiv einbinden.[1]

7. Lebendige Innenstadt

- **CSU:** Mehr Aufenthaltsräume, Nutzung brachliegender Flächen (z.B. Tagwerk 27), stärkere Fahrrad- und Flexibusförderung, aber keine generellen Parkgebühren in der Innenstadt.[1]
- **Freie Wähler:** Klar gegen Parkgebühren, wollen zeitlich begrenzt kostenfreies Parken, setzen auf Radkonzept, Flexibus und mehr Kulturangebote zur Belebung.[1]
- **Grüne:** Wollen verkehrsberuhigte, grüne Innenstadt ohne ruhenden Verkehr, Leerstände zu Wohnraum machen und vielfältige Veranstaltungen unterstützen.[1]
- **SPD:** Betont, dass zuerst Wohnen in der Innenstadt gestärkt werden muss; daraus folgen Kultur, Treffpunkte und Konsum.[1]

8. Alternativen zu privatem Feuerwerk

- **CSU:** Hält die Belastung durch Feuerwerk für zu hoch, würde Einschränkungen unterstützen und auf Gesetzesänderungen drängen, plus jährliche Aufklärungskampagne.[1]
- **Freie Wähler:** Sehen Feuerwerk kritisch (Emissionen, Müll) und sind offen für alternative Licht- und Shows, verweisen aber auf Kosten und gesellschaftlichen Dialog.[1]
- **Grüne:** Für Böllerverbot im Ortsbereich, befürworten zentrale, gemeinsame Feiern mit Feuerwerk an einem geeigneten Ort.[1]

- **SPD:** Setzt auf gemeinsames, sicheres und respektvolles Feiern; offen für professionelles Feuerwerk oder Drohnen-/Lichtershow.[1]

Quellen

[1] Wahlprüfsteine-zur-Stadtratswahl-Bundnis-Nachhaltiges-Marktoberdorf.pdf